Zeitschrift der Grünen Jugend Niedersachsen

DER IGEL

37/Nov 2002

Zeichen des Himmels ?

GRÜNE JUGEND ENTHÜLLTE OBRIGHEIM-SKANDAL

Nachdruck und Bericht S.3

Schicht im Schacht :

GRÜNE JUGEND auf Wahlkampftour

Liebe LeserInnen,

es ist viel passiert in den letzten Wochen. Die Jugendwahlkampftour war in Niedersachsen unterwegs, aus Berlin zog ein Joint quer durch Deutschland (oder wurde an ihm gezogen?). Und dieses Engagement hat sich ausgezahlt: Wir haben die Wahl gewonnen. Wir sind die drittstärkste Kraft geworden und haben der Koalition zu ihrem Fortbestand verholfen. Natürlich alles nur wegen der Grünen Jugend...

Was aus dem Wahlergebnis geworden ist, findet Ihr beim Thema Atom. Wir wussten natürlich schon lange vorher von den Absprachen zu Obrigheim... Auch der Castor wird wieder rollen, und wir werden wieder dabei sein.

Soviel zum inhaltlichen Teil, neu am Igel ist der interne Teil: wir berichten verstärkt über Landespolitik der Alt- und Junggrünen. Außerdem könnt Ihr lesen, was Ihr in Oldenburg auf der LMV alles verpasst habt!

Viel Spaß dabei wünscht Euch die REDAKTION !!!

Inhalte :

	Seite
Obrigheim-Enthüllung	3
Castortransport	4
Mandatsabgabe	5
Bundestagswahl	6
Skater-Wahlkampf	8
Wahlappell	9
Benjamin	9
Jugendwahlkampftour	10-11
Bundesrat	12
Landtagswahl	14
Frauenmysterium	15
Babys und Autos	16
Anzeige	17
LaVo-GJN	18-19
LMV Oldenburg	20
Lüneburg	21
Offener Brief	22
Braunschweig	23
Termine	24
FANSEITE	24

Impressum:

DER IGEL
Herausgeberin
Grüne Jugend Niedersachsen
Odeonstr. 4
30519 Hannover
Fon: 0511/12608577
Fax: 0511/12608585
E-Mail: gjn@gruene-niedersachsen.de

Redaktion:
Christian Meyer
Stefan Seibert.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:
Anne Bonfert, Jan Albrecht, Bernhard Kass, Philipp Mohr, Stephan Schilling.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt (aber meistens) die Meinung der Redaktion wieder.

Auflage
400 Stück

Druck
i!de Werbeagentur
0511-336128-0

Die Grüne Jugend enthüllte „Obrigheim geht klar !“

Die Grüne Jugend Niedersachsen (GJN) hatte schon immer den richtigen Riecher. Und das in jeder Hinsicht.
Im an alle Grünen-Mitglieder in Niedersachsen verschickten Jugend-Sonder-IGEL im Herbst 2000 hatten wir bereits in satirischer Form auf mögliche Nebenabsprachen beim AKW Obrigheim im Rahmen der „Atomkonsens-verhandlungen“ hingewiesen (s.u.). In den aktuellen Koalitionsauseinandersetzungen um das angebliche Wissen von Gerhard Schröder und Jürgen Trittin ist dieser Artikel vielleicht hilfreich. Wer den IGEL lass, wusste bereits Ende 2000 Bescheid und kann jetzt nicht überrascht sein.
Weiter gilt : „IGEL-LeserInnen wissen mehr !“ Hoffen wir das sich das dargestellte „Szenario“ des damaligen GAL Schatzmeisters und Energieexperten Carsten Kuhlmann im Ergebnis nicht bewahrheitet, sondern „natürlich gar nicht wahr sein“ kann :

Nachdruck : „Obrigheim geht klar !“

Süddeutsche Zeitung vom 21.8.00 : „... Kategorisch schloss Künast Ausnahmen von der mit der Atomindustrie erzielten Ausstiegsvereinbarung aus. Sie reagierte damit auf Berichte, der Bundeskanzler wolle den Betrieb des Atomkraftwerks Obrigheim über den in der Vereinbarung fixierten Abschalttermin Ende 2002 hinaus genehmigen lassen ... „

Mutig, mutig.
Dennoch stellt sich der geneigte Leser die vielleicht nicht so ganz blöde Frage, was denn nun passiert, wenn Schröder doch... Ich stell mir das so vor:

1. Im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens wird klar werden, dass Schröder derartige Zusagen doch gemacht hat, wahrscheinlich für Obrigheim und Stade. Wieviel, wird erstmal nicht gesagt. (Nehmen wir einfach mal an, er hat 5 Jahre informell vereinbart)

2. Es entsteht ein Gerücht: Die Bundesregierung hat für Stade, Obrigheim, und zwei weitere AKW 10 Jahre „Verlängerung“ vereinbart.

3. Ein knappes Drittel der Partei regt sich sofort ganz doll auf.

4. Büti geht in die Bütt: „Bündnis90/Die Grünen sind über derartige Vorgänge nicht erfreut und wir werden im Gespräch mit dem Kanzler eine Klärung auf höchster Ebene usw. usw.“

5. Die Presse greift das auf und bringt alles durcheinander: „40 zusätzliche Vollastjahre!“

6. Jetzt regen sich alle auf und Renate stellt richtig: „Es waren niemals 40 weitere Vollastjahre, das kann man mit uns auch nicht machen. In der Diskussion befinden sich lediglich kleine Verlängerungen für maximal drei AKW, über die wir uns in intensiven Verhandlungen mit der SPD befinden. Ausserdem ist das Glas halbvoll.“

7. Jürgen legt den Kopf schief und murmelt was.

8. Joschka greift ein und alles wird gut. Er weiss von zähen Verhandlungen zu berichten und die neue, kleine Falte über seinem rechten Auge stellt implizit die Frage, ob sich wegen sowas eine ansonsten überaus erfolgreiche Koalition streiten sollte. Wir haben verstanden.

9. Michaele macht klar: Wenn überhaupt, dann nur Obrigheim und Stade, und wenn die schon, dann höchstens 3 Jahre.

10. Reinhard erhöht auf 4 Jahre, jetzt geht es Schlag auf Schlag: Die (zufällig gerade stattfindende) LDK in Bayern bietet 5 Jahre, der LaVo in Niedersachsen stellt ganz entschieden die Entsorgungsfrage, in einer FOCUS-online-Umfrage wird die Ankreuzintelligenz der deutschen Computerbesitzer getestet, die kurzfristig einberufene LMV in Hessen läßt über max. 7 Jahre gerade noch mit sich reden.

11. Joschka verkündet: 5 Jahre. Margarete und Jerzy sind glücklich: Volltreffer!

12. Fritz erklärt, dass es ein überragender Erfolg war, dem Atomausstieg auf diese Weise ein Gesicht zu geben: „Jetzt wissen die Menschen genau, wann der Spuk ein Ende hat.“ Die PK endet mit neusten Mutmassungen über irgendwelche subventionierten Warenlager auf der A 7.

13. Teile der Grünen Jugend interpretieren das Verhandlungsergebnis als endgültige Abkehr von den verstaubten 68er Ökophantastereien und freuen sich darauf, endlich vernünftige, entschlackte Politik machen zu können.

Alle sind also glücklich.

Ach ja: 14. Das Öko-Institut rechnet nach und stellt fest, dass die Energiewende auch so noch absolut im grünen Bereich ist.

Carsten Kuhlmann, GAL Hamburg

P.S.: Auf dieses Szenario werden noch Wetten angenommen. Wer hält dagegen?

Dieser Artikel erschien im Sonder-Igel Herbst 2000. Bei der GJN eingegangene Wetten sind uns nicht bekannt.

Der Castor kommt - wir sind bereit!!!

von Philipp Mohr

Es ist wieder soweit: voraussichtlich ab dem 11.11. beginnt in Niedersachsen die 5. Jahreszeit. Aber nicht, wie im Rheinland mit närrischem Treiben und Karnevalsumzügen, nein, vielmehr mit zehntausenden PolizistInnen und DemonstrantInnen, die jedoch eher vermummt als verkleidet auftreten. Dies betrifft übrigens vorrangig die PolizistInnen...

Am 9.11. soll bereits die wendländische Auftaktkundgebung in Gorleben stattfinden, in den nachfolgenden Tagen sind wieder zahlreiche Aktionen geplant. Auch die Grüne Jugend wird diesmal wieder mit von der Partie sein. Wir wollen dort gemeinsam auftreten, und so zeigen, dass es innerhalb der Grünen, speziell bei der Grünen Jugend, viele gibt, die mit dem Atom“konsens“ unzufrieden sind. Durch den faulen Kompromiss mit dem AKW Obrigheim, das nun doch länger laufen darf, wurde bewiesen, dass weiter für den Atomausstieg gekämpft werden muss.

Die jungen Grünen, die zum Castor kommen wollen, treffen sich diesmal auf einem Bauernhof im Wendland, um sich dort gemeinsam auf die heißen Tage im kalten November vorzubereiten und sich als Grüne Jugend an Aktionen rund um den Castor zu beteiligen.

Also: Kommt zahlreich ins Wendland!!!

Mehr Infos bei Philipp, mail: p-mohr@gmx.de

Grüne Bundesminister müssen ihr Mandat abgeben

„Bündnis 90 / Die Grünen halten für unvereinbar, wenn Regierungsmitglieder gleichzeitig Mandate als Abgeordnete ausüben. Abgeordnete, auch solche in Regierungsfraktionen, haben die Aufgabe, die Regierung zu kontrollieren. Bündnisgrüne Minister und Ministerinnen legen deshalb in Zukunft nach der Übernahme des Regierungsamtes das Abgeordnetenmandat nieder. (...)“

Beschluss der Grünen BDK in Stuttgart vom 10.3.00

Aus der Begründung: Die Bundesdelegiertenkonferenz in Bonn nach der Bundestagswahl 1998 hatte beschlossen, in zwei Jahren über den Stand der grünen Initiativen zur Demokratiereform erneut zu beraten und über die Trennung von Amt und Mandat der grünen Regierungsmitglieder zu beschließen. Vorausgegangen war eine heftige Debatte darüber, ob von den grünen Regierungsmitgliedern die Niederlegung des Abgeordnetenmandats bindend verlangt werden soll.
Die BDK hatte in dem Beschluß betont, dass die Bündnisgrünen nach wie vor demokratietheoretische und demokratiepraktische Probleme sehen, wenn Mitglieder der Exekutive (der Regierung) gleichzeitig Mitglieder der Legislative (des Parlaments) sind. Nach Auffassung der Bündnisgrünen widerspricht dies dem Grundsatz der Gewaltenteilung. (...)

Inzwischen sind die zwei Jahre rum. Eine parlamentarische Initiative konnte nicht auf den Weg gebracht werde, weil der Koalitionspartner dazu nicht bereit war.
Mitglieder der Bundestagsfraktion haben Gespräche mit Vertretern des Koalitionspartners geführt, die aber nicht zu dem Erfolg einer Gesetzesinitiative beführt haben. Darüber wurde auf der letzten BDK in Münster berichtet. Der Vorschlag wurde akzeptiert, bis zur nächsten BDK, also der vom März 2001 in Stuttgart, eine Beschlussvorlage zu erarbeiten. Interessierte sollten sich bei MdB Ströbele melden. Die Antragsgruppe - Helmut Horst, Thomas Kämmer, Christopher Schmidt, Peter Schüler, Hans-Christian Ströbele, Heidi Tischmann - hat sich am 16. Dezember 2000 getroffen und legt diese Beschlussvorlage vor.
(...)
Die Grünen haben nicht nur Ämterhäufung grundsätzlich stets abgelehnt, sondern auch für Parteiämter die Trennung von Amt und Mandat in der Satzung verankert.
Mit den Vorstellungen einer Partei, die sich den Grundsätzen der Demokratie und Bürgerrechte besonders verpflichtet sieht, ist nicht zu vereinbaren, wenn die Aufgaben von Regierung und Kontrolle der Regierung von ein und derselben Person wahrgenommen werden. Der demokratische Grundsatz der Gewaltenteilung verliert seinen Sinn, wenn Regierungs-mitglieder sich selbst kontrollieren.

Neben den demokratietheoretischen Überlegungen sprechen aber auch praktische Erfahrungen von 2 ½ Jahren Regierungsbeteiligung auf Bundesebene für die Trennung von Regierungsamt und Abgeordnetenmandat. Die Last der Koalitionsarbeit könnte auf mehr Schultern verteilt werden.
Von den 47 Abgeordneten der bündnisgrünen Bundestagsfraktion stehen nur 39 für die Arbeit im Parlament und vor allem in den Ausschüssen zur Verfügung. Die anderen sind in der Regierung. Die verbliebenen Abgeordnete müssen deshalb Mitglieder in zwei und mehr Ausschüssen und Parlamentsgremien sein. Das bedeutet nicht nur, dass sie Vor- und Nachbereitung für mehrere Ausschüsse leisten müssen. Sie haben als Teil der Regierungskoalition viel mehr Aufgaben als in der Opposition. In unendlichen Koalitionsrunden und Besprechungen mit Vertretern von Ministerien und Gruppen müssen sie Gesetze vorbereiten. Die Anwesenheit in mehren Ausschüssen wird häufi gleichzeitig gefordert, um Mehrheiten zusichern, die häufig sehr knapp ist.

Bei einer Trennung von Regierungsamt und MdB-Mandat würde die Fraktion um 8 nachrückende Abgeordnete verstärkt.
Das Nachrücken von Abgeordneten in dieser Legislaturperiode wäre aber für nur wenig mehr als ein Jahr reale Parlamentsarbeit problematisch und für die Nachrückenden kaum zumutbar.
Deshalb soll die Regelung, daß bündnisgrünen Regierungsmitglieder das Abgeordnetenmandat nach der Amtsübernahme niederlegen, ab der nächsten Legislaturperiode bindend sein.
(siehe auch Offener Brief S.22)

Zuwanderung Ja, mit einer Ausnahme

von Stefan Seibert

In diesem Wahlkampf schien es nicht wie in denen davor um die Frage zu gehen, werden wir von Rot-Grün, Schwarz-Gelb, Rot-Gelb oder einer Großen Koalition beherrscht, sondern vielmehr um die Frage, ob wir einen Kanzlers der Mitte oder ein Kanzler der politischen-konservativen Rechten bekommen. Also kurz Schröder oder Stoiber. Eigentlich sprach von Anfang des Jahres bis August alles für die Union. Die rot-grüne Regierungsbilanz war eher schwach als aussagekräftig. In für die breite Öffentlichkeit eher uninteressanten Themen wurde viel erreicht: Ökosteuer, Homoehe, Staatsbürgerschaft, etc. Und in den, für die breite Öffentlichkeit, wichtigen Themen versagte sie: Arbeitsmarkt, Gesundheitsreform, wirtschaftliche Lage, etc. Dazu kamen noch die stark geschwächten und zerstrittenen Grünen, die durch die zwei Auslandseinsätze der Bundeswehr und die Sicherheitspakete der Bundesregierung in zwei Lager geteilt wurden.

Wieso verlor dennoch die Union?

Über diese Frage dachte ich lange nach und war eher verblüfft, wie einfach sie doch zu beantworten ist. Der Grund für die eher überraschende Wahlniederlage hiess: Dr. Edmund Stoiber. Dies lässt sich allein schon an den Bundesländern und ihren individuellen Wahlergebnissen ablesen. Stoiber punktete vor allem in Bayer und BaWü, dagegen bekam die Union immer weniger Stimmen, je nördlicher das Bundesland war. Zweitens war Stoiber mit seiner tief konservativen Weltanschauung für viele junge Frauen eher eine Bedrohung als ein Heiland. Nebenbei verstand es Stoiber nicht sich in den beiden Fernsehduellen irgendwie zu profilieren. Und ein Faktor, den man auch nicht außer acht lassen sollte: die Flutkatastrophe. Sie zeigte den WählerInnen wie kompetent Stoiber und sein Kompetenzteam in Fragen der Umweltpolitik wirklich sind. Des Weiteren ging die Taktik der Union nicht auf, Rassismus als Politik der politischen Mitte Deutschlands zu verkaufen. So wie es Edmund Stoiber, Günter Beckstein und Konsorten der CSU auf ihren Touren durch Deutschland immer wieder versuchten.

Wieso konnte ein Edmund Stoiber die Wahlen nicht gewinnen, aber vielleicht eine Angela Merkel? Für ihren Wahlsieg spricht rückwirkend viel mehr. Ihr erster große Vorteil wäre, dass sie weiblich ist. Wie peinlich und Image schädigend wäre es für uns Grüne gewesen, wenn die konservative Union zuerst eine Frau zur Kanzlerkandidatin erklärt hätten, bevor wir eine weibliche Spitzenkandidatin gehabt hätten. Mit Merkel als Kanzlerkandidatin hätten viele Frauen Union gewählt, anstatt ihre traditionellen Parteien wie SPD oder FDP zu wählen. Zweiter großer Vorteil Merkels ist, dass man bei ihr nicht vor einem Rechtsruck warnen kann. Ich will damit nicht behaupten, dass Merkel eine Politikerin der Mitte ist, aber im Vergleich zu Stoiber gehört sie nicht dem rechten Flügel der Union an. Drittens hätte ihr die Flutkatastrophe nicht so geschadet wie Stoiber. Sie hätte noch nicht mal eine Person für Umwelt in ihr Kompetenzteam holen müssen, sie hat den Job als Umweltministerin schon unter Kohl geschmissen. Viertens hätte sie im Osten nicht so hohe Einbußen für die Union bedeutet wie ein Dr. Edmund Stoiber, der erst in der letzten Legislaturperiode den armen Bundesländern die Gelder kürzen wollte.

Hier spielt die Musik! Wir sind die einzig echte Funpartei, die FDP ist nur eine billige Imitation. Das Original wählen!

CDU

Trotz einer am Anfang des Wahlkampfes stark zerstrittenen Grünen Partei demonstrierte die rot-grüne Regierung Geschlossenheit. Die SPD hatte außer „Gerhard Schröder wählen“ keine großen Aussagen. Alles was von der SPD als Inhalte verkauft wurde, waren die alleinigen Ideen des Medienkanzlers. Der schaffte es immer wieder, die schwache Regierungsbilanz der letzten vier Jahre als Jahre der großen Reformen zu verkaufen. Schröder verstand es sehr gut, auf alle Fragen immer wieder die einfachste und kürzeste Antwort zugeben, wodurch die Union und Stoiber immer wieder gezwungen wurden, komplexe-

re und längere Antworten zugeben als Schröder es tat. Des Weiteren verstand es Schröder besser, sich in Zeiten von Flutkatastrophen und Kriegsgefahr als den großen Staatsmann zu präsentieren.
Wir Grünen übernahmen den Part des links-kritischen kleineren Partners, wir setzten nicht wie die FDP darauf den Kanzler zu stellen, sondern vermittelten, wählt ihr uns, dann gibt es eine links orientierte Koalition, wählt die SPD, wenn ihr eine Rot-Grüne Regierung wollt, die sich für eine Politik der „Mitte“ einsetzt.

Wir Grünen zeigten uns als die inhaltlich stärkste Partei in der BRD.

Dadurch schafften wir es unsere Stammwählerschaft, die von uns einen inhaltlich starken Wahlkampf erwartete, zu mobilisieren. Wir Grünen betrieben keinen populistischen Wahlkampf wie die anderen Bundestagsparteien, aber gaben uns trotzdem der verstärkten Personalisierung hin, wie es in einer Mediengesellschaft von einer Partei erwartet wird.

Andere Faktoren, warum die Wahlen so positiv ausgingen, war das Abschneiden der FDP und der PDS. Das Abschneiden der FDP und das nicht Erreichen der 18% lagen an mehreren Faktoren. Erstens waren 18% nun eine viel zu hohe Messlatte, 12% wären ein realisierbares Ergebnis gewesen, hätten sie erstens Jürgen W. Möllemann schon in der ersten Hälfte des Jahres abgesägt und würden es nicht erst jetzt immer noch irgendwie krampfhaft versuchen. Zweitens war die FDP für Wähler Russisches Roulette. Wer Schröder wollte, konnte mit seiner Stimme Stoiber unterstützen und umgekehrt.
Nun zur PDS, für sie gab es zwei Probleme. Erstens der Rücktritt von Gregor Gysi als Wirtschafts- und Frauensenator von Berlin. Seit Gründung der PDS war er das Zugpferd, was immer wieder dafür sorgte, dass die PDS einen Stimmenzuwachs erhielt und zwar bei allen Wahlen. Selbst für konservative CSU Wähler war er anziehend. Viele wollten ihn reden hören und viele wollten auch ein Autogramm von dem beliebtesten Sozialisten Deutschlands erhalten. Mit seinem Rückzug aus der aktiven Politik verlor die PDS ihn als Fassade und zeigte ihr wahres Gesicht. Eine Partei ohne Leute, die ihre Politik glaubhaft verkaufen können, als eine Partei ohne Identität und als eine Partei die sich nur auf einem Zustand (Wessis kontra Ossis) ausruht, der nun langsam endlich aus den Köpfen der Menschen verschwindet.
Als Fazit sollten wir Grünen akzeptieren, dass die rot-grüne Regierung nur durch dass Versagen der Union in ihrer Kanzlerkandidatenauswahl, dem politischen konservativen Rechtskurs im Wahlkampf, durch die Flut, das Ausscheiden der PDS aus dem Bundestag und der berechtigten Angst vor einem Irakkrieg wiedergewählt wurde.

Skaten durch den Wahlkreis

von Bernhard Kass

Mit meinen 20 Jahren war ich Direktkandidat für die Grünen im Wahlkreis 43, Hannover-Land Nord. Der besteht aus acht grünen Ortsverbänden. Mit allen acht OV's im Kontakt zu bleiben, war eine Aufgabe, die es zu bewältigen galt.

Trotz alledem habe ich meinen Wahlkreis per Inline-Skates (oder auch Einspurrollschuhen) bereist. Die Inliner-Tour fand an zwei aufeinanderfolgenden Wochenenden statt. Von Gemeinde zu Gemeinde, von Aktion zu Aktion, vom Moorfest, zum Biohofe und auch zum Beachvolleyballspiel am Badesee. Es hat Spaß gemacht! Richtig gut besucht war die Einweihung eines Denkmals für die ungenannten ehrenamtlich tätigen Frauen Natürlich gehörte auch die Besichtigung einer Windkraftanlage zum Wahlkampfprogramm.

Bei der Tour wurde ich von Freunden und örtlichen Grünen begleitet. Einmal waren es acht, dann aber auch 30 MitfahrerInnen. In der Presse fand die Aktion eine hohe Beachtung.

Inhaltlich wollte ich auf Prävention im Gesundheitswesen aufmerksam machen, auf ein umweltfreundliches Fortbewegungsmittel und auf eine moderne Variante des Joschkajoggens. Die Aktionen bewirkten ihr übriges.

Lustig fand ich, dass die Leute oft gefragt haben, ob ich mein Medizinstudium abbräche, wenn ich gewählt werden würde. Meine Antwort begann dann immer mit der Klärung der Bedeutungen von Erst- und Zweitstimme und endete mit der geringen Aussicht auf ein grünes Direktmandat.

Im Nachhinein habe ich mich gefragt, was der Wahlkampf vor Ort denn wohl gebracht hat. Ist es doch merkwürdig, dass in Gemeinden, in denen von den Grünen vor Ort kein Wahlkampf gemacht wurde, die Stimmenzuwächse keine Unterschiede zu den anderen Wahlkampfgemeinden aufweisen. Doch - ich sage mir - wahrscheinlich wären die Zuwächse um ein Vielfaches höher gewesen, hätte man in der Gemeinde Wahlkampf gemacht, und vielleicht strahlt es von den Nachbarwahlkampfgemeinden ab.

Zu bedenken ist trotzdem, ob man überhaupt einen grünen Direktkandidaten aufstellen sollte. In Stade gab es keinen Direktkandidaten, dort konnten die Leute also den Grünen nur die Zweitstimme geben. Sie konnten also nur rotgrün und nicht grünrot wählen. Stade gehört trotzdem zu den Wahlkreisen mit den meisten Zuwächsen.

Nach den Stimmenzuwächsen im gesamten Bundesgebiet, gilt es die grüne Handschrift in der Koalition noch deutlicher zu machen. Wir wurden gewählt, doch müssen nun auch Taten folgen. Viele WählerInnen haben diesesmal bewusst grün gewählt, um Stoiber zu verhindern. Das kann das nächste Mal wieder ganz anders sein. Lasst uns die nächsten vier Jahre gute (ehrliche) grüne Politik machen. Und noch etwas: Was wären die Grünen ohne Fischer? Auch da müssen wir dran arbeiten, dass die Grünen nicht aufgrund eines Gysieffektes eines Tages die Fünfprozenthürde verpassen. Die Reduzierung auf eine Person birgt Gefahren.

Bei den Wahlergebnissen hat mich persönlich gefreut, dass sich in meiner Heimatstadt die Erststimmen fast verdoppelt haben (2,7 auf 5,1 %). Wahrscheinlich waren auch einige Grünrot-Wähler dabei.

Bernhard war 2,5 Jahre Jugendbürgermeister in Neustadt. Seit der Kommunalwahl sitzt er mit Heidi Tischmann im Stadtrat von Neustadt. Er studiert Medizin in Hannover.

Gemeinsamer Wahlaufruf der Jugendorganisationen

von Philipp Mohr

Wie kann man junge Menschen davon überzeugen, wählen zu gehen? Diese Frage stellte sich der Landesvorstand (LaVo) längere Zeit vor der Bundestagswahl. Alleine durch eine Aktion der GJ, so war schnell klar, ist eine Steigerung der Wahlbeteiligung kaum zu erwarten. Mensch musste also überparteilich zusammenarbeiten, damit es etwas werden kann.

Also wurde eine Einladung verfasst an die anderen Jugendorganisationen der im Bundestag vertretenen Parteien zu einem ersten Treffen in der Grünen-Landesgeschäftsstelle. Es waren dort auch fast alle vertreten, nur die Junge Union (JU) hatte offensichtlich kein großes Interesse und blieb diesem Treffen fern. Alles lief dann darauf hinaus, dass es eine Pressekonferenz geben sollte, auf der eine Resolution aller Jugendverbände vorgestellt werden sollte.

Einen Entwurf dafür hatte die Grüne Jugend vorbereitet.

Auf den nachfolgenden drei Treffen wurde die Resolution so umgearbeitet, dass alle ihre Unterschrift darunter setzen konnten. Auch die JU, die inzwischen doch auch vertreten war (Pressekonferenz = Publicity) war mit dem Text und der Überschrift „22. September 02: Ihr habt die Wahl!“ einverstanden.

In der Resolution wurde deutlich gemacht, warum die Wahlbeteiligung gerade bei jungen Menschen so gering ausfällt. So gibt es zum Beispiel eine große PolitikerInnen-Verdrossenheit, außerdem werden „inhaltliche Unterschiede zwischen den etablierten Parteien schwer erkennbar in einer Politik, die Personen statt Programme in den Vordergrund stellt.“

Die Lösungsmöglichkeiten werden in der Resolution aber auch genannt: „Die politischen Jugendorganisationen wollen diese Unterschiede stärker herausstellen. Politik muss neue Konzepte entwickeln und auch ein Wettbewerb der besten Ideen sein.“

Es werden aber auch weitergehende konkrete Forderungen gestellt, so zum Beispiel die Forderung nach mehr Demokratie in der Schule oder nach der Möglichkeit, PolitikerInnen für ihr Fehlverhalten strafrechtlich zu belangen. Nicht fehlen durfte natürlich die konkrete Aufforderung, das demokratische Grundrecht wahrzunehmen und wählen zu gehen.

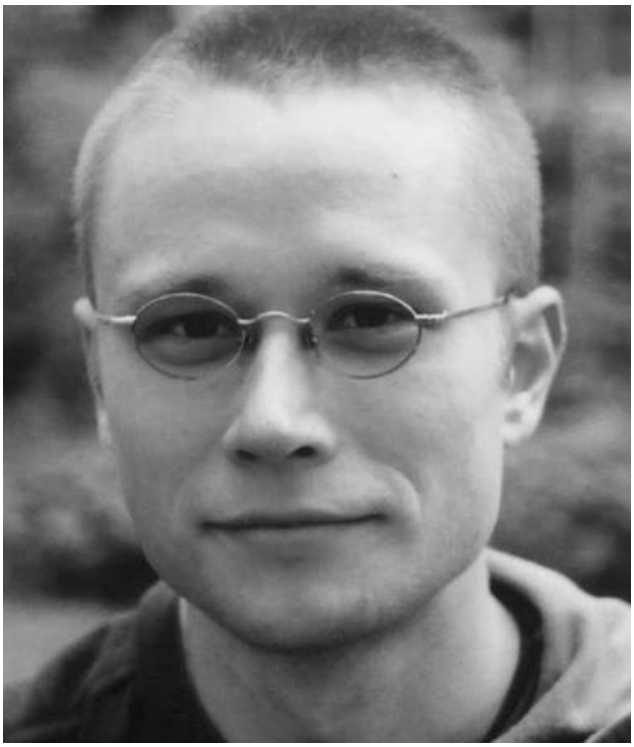
Durchgeführt wurde die Pressekonferenz dann am Freitag, den 13.09., im Raum der Landespressekonferenz im Landtagsgebäude. Die Schirmherrschaft hatte Landtagspräsident Prof. Rolf Wernstedt übernommen.

Anwesend waren neben PressevertreterInnen auch Kamerateams von Sat1 und RTL. In vielen niedersächsischen Tageszeitungen sowie im Sat1 Regionalprogramm wurde über diese Pressekonferenz anschließend berichtet.

Ob es eine ähnliche Aktion zur Landtagswahl geben wird, ist noch nicht klar, allerdings durchaus vorstellbar nach dem Erfolg der Pressekonferenz.

Benjamin im Parteirat !

Endlich ist es geschafft. Nach mehreren Anläufen für SprecherInnen der Grünen Jugend wurde auf dem letzten Länderrat von Bündnis 90/Die Grünen unser ehemalige Schatzmeister Benjamin von der Ahe mit Unterstützung des Grüne Jugend-Delegierten Christian Meyer erstmals als kooptiertes Mitglied für den Parteirat der Altgrünen gewählt.



Benjamin von der Ahe

Sprecher der Grünen Jugend

Damit ist die Grüne Jugend nun zumindest mit beratender Stimme in diesem den Parteivorstand ebenfalls eigentlich nur beratenden wichtigsten Parteigremium dabei. Hoffen wir, das die Legalisierung von Cannabis, die neuen Medien, Energiewende und die vielen anderen Positionen der Grünen Jugend nun bei den Grünen deutlich mehr Gehör finden als in der Vergangenheit.

Herzliche Glückwünsche von der Grünen Jugend Niedersachsen und der IGEL-Redaktion !!!

Eine Reise, die ist lustig... - Jugendwahlkampftour 2002

von Stephan Schilling und Christian Meyer

Jugendwahlkampftour 2002:

„Ein Ort, irgendwo in Niedersachsen, 12.00Uhr: die Sonne brennt, kein Windhauch fährt über den leeren Platz. In einem Eiscafe sitzen ein paar Menschen, die einzigen, die weit und breit zu sehen sind. Auf der anderen Seite, unter dem Schatten „tropischer Palmen“ kämpfen eine handvoll Unerschütterliche gegen neoliberale Globalisierung, gegen Klimawandel und Sozialabbau.“

„Oldenburg, 12.00Uhr einige Wochen später: Mitten in der belebten Fußgängerzone von Oldenburg steht ein mit Materialien bis zum Bersten beladener Stand, daneben eine „Steueroase“ und einige Plakate. Eine Gruppe desinteressiert dreinblickender Jugendlicher schlendert vorbei. „Darf ich euch ein bisschen Infomaterial mitgeben - zur Bundestagswahl“ fragt einer von uns. „Nö, brauchen wir nicht“, meint einer der Gruppe und will weitergehen. „Vielleicht Infos zum Thema Cannabis-Legalisierung“ lassen wir nicht locker. Und wumm, Sekunden später steht eine Horde begeisterter Jugendlicher an unserem Stand und reißt uns das Material nur so aus den Händen.

Zwei Szenen, wie sie unterschiedlicher kaum sein könnten. Doch sie spiegeln die Erfahrungen, die wir auf unserer Tour gemacht haben, gut wieder. Am 9. August haben wir in Soltau-Fallingbostel die Jugendwahlkampftour 2002 gestartet - und bis zum 17. September insgesamt 12 Landkreise in Niedersachsen besucht.

Aufgebrochen waren wir mit dem Anspruch Wahlkampf von Jugendlichen für Jugendliche zu machen. Doch wie macht mensch das? Jugendliche interessieren sich doch eh nicht für Politik! Und ob mensch die (noch mal) für die Grünen begeistern kann? Wo kann mensch Jugendliche ansprechen?

In einer mehrwöchigen Vorbereitungsphase haben wir uns diesen Fragen gestellt und unsere Tour danach ausgerichtet.

Schwerpunkthemen waren „Gerechte Globalisierung“, „Drogenpolitik“ und „Ausbildung“ - Themen von denen wir ausgingen, dass sie Jugendliche interessieren könnten. Zur „Gerechten Globalisierung“ hatten wir zwei Aktionen vorbereitet: durch das symbolische Ausrufen einer Steueroase wollten darauf aufmerksam machen, dass sich immer mehr Konzerne ihrer Verantwortung entziehen, indem sie ihre Firmensitze auf sog. Steueroasen transferieren und somit keine Steuern zahlen müssen. Mit diesem konkreten Kritikpunkt wollten wir unsere allgemeine Ablehnung der neoliberalen Globalisierung deutlich machen.

Bei unserer zweiten Aktion rauchten die Köpfe: in Anlehnung an „Wer wird Millionär? Hatten wir das Quizspiel „Wer wird Multimilliardär?“ entworfen - mit Fragen rund um das Thema Globalisierung und Gewinnstufen, die von einem Euro (UN-definierte Armutsgrenze) bis zu 330.600.000.000 € (den Rüstungsausgaben der USA) reichten. Mit den Zahlen und Fragen wollten wir die globalen (Miss)-Verhältnisse und Gegenkonzepte aufzeigen.

Zum Megarenner entwickelte sich jedoch das Thema „Drogenpolitik“. Die oben beschriebene Szene darf mensch durchaus als typisch bewerten. Kaum ging es um die Cannabis-Legalisierung wurde unser Stand belagert, die meisten nahmen große Menge Infomaterialien mit.

Was hat dieses Thema, das es so erfolgreich ist: Es ist eine gesellschaftlich hart umstrittene Frage, bei der sich deutliche Unterschiede zwischen den Parteien ausmachen lassen. Die Grünen und die Grüne-Jugend gehen sehr provokant mit diesem Thema um (mensch nehme nur die überaus medienwirksame „Ein Hanf muss durch Deutschland gehen“ - Kampagne des Grüne Jugend Bundesverbandes) und scheuen nicht den Konflikt. Gerade die Grüne-Jugend wirkt bei diesem Thema sehr authentisch (die meisten Jugendlichen nehmen uns ab, dass uns dieses Thema am Herzen liegt) und kann hier auch klar inhaltlich punkten. Hinzu kommt die hohe eige-

Das Tourteam :

Christian Meyer (junger Bundestagskandidat und Grüne-LaVo), Stephan Schilling (GJN-LaVo), Stefanie Henneke (Grüne-LaVo), Philipp Mohr, Anne Bonfert, Konstantin Knorr und die vielen GRÜNEN aus den Kreisverbänden bei denen wir uns für die freundliche Unterstützung, motivierte Teilnahme und Unterkunft herzlich bedanken.

Na, wer taugt zum Multimilliardär? Eine Quizfrage:

Was sind Derivate?

A Besonders risikoreiche Wertpapiere
B In islamischen Ländern verbotene alkoholische Produkte
C Eine besonders beliebte Form des Kartenspiels in Italien
D Internationale Zertifikate zum Handel mit Schadstoff-Emissionen

Junge Themen entscheiden die Wahl

ne „Betroffenheit“ der Jugendlichen. Ich glaube, dass mensch diese „Erkenntnisse“ auch auf andere Themenfelder übertragen kann und muss.
Unserem dritten Thema „Ausbildung“ haben wir uns vor allem in Besuchen gewidmet. So haben wir Ausbildungsberatungsstellen und Jugendwerkstätten besucht, um konkret vor Ort zu fragen „wie es läuft?“ oder „woran es fehlt?“. Allgemein zeigte sich, dass diese Einrichtungen, die gerade für Jugendliche wichtige Aufgaben leisten, häufig unterbesetzt sind.

Vor Ort haben wir meistens alle drei Themen (und mehr) umgesetzt. Typisch für einen Tourtag waren 1-2 Stände (mit Oase und Quiz) und verschiedene Besuche. Bewährt haben sich dabei Stände vor Schulen - innerhalb von kürzester Zeit konnte mensch riesige Menge Infomaterial an die Frau bringen. Doch es gab auch Stationen, die aus dem Rahmen fielen. In Salzgitter ging es für nach unten - in 1000m Tiefe haben wir Schacht Konrad (eingeplantes, doch ungeeignetes Endlager für schwach-radioaktiven Atommüll) besucht; und danach mit einer Aktion dagegen protestiert. Dabei entstand als „Zeichen des Himmels“ bei unserer Ankunft das Titel-Foto mit dem X über dem Schacht.
In Osterholz-Scharmbeck stand eine sehr interessante Diskussion mit JEZ über „Jugendliche und Politik“ auf dem Programm. JEZ (Jugend entwickelt Zukunft) ist eine Gruppe Jugendlicher, die aus Frust das Lilienthaler Jugendparlament aufgelöst haben und die bei der letzten Kommunalwahl als eigenständige Gruppe angetreten sind - und aus dem Stand über 14% und damit vier Gemeinderatssitze geholt haben. Zur Bundestagswahl werden sie nach unserem Gespräch überwiegend GRÜN gewählt haben...
In Lüneburg haben wir mitgeholfen eine neue große Grüne-Jugend Ortsgruppe zu gründen. An vielen Orten haben wir Jugendliche politisch neu motiviert und die Cannabis- und Globalisierungsaktionen werden einen guten Teil für unser erstmalig wieder gewachsenes JungwählerInnenergebnis (10%) beigetragen haben.

Ihr seht es waren erlebnisreiche, spannende und erfolgreiche Wochen.

Die Tourdaten :

Soltau -Fallingbostel, 9.August

Göttingen-Gleichen, 16.August

Lüneburg, 19.August

Lüchow-Dannenberg, 20.August

Verden-Achim, 27.August

Nienburg, 28.August

Salzgitter, 2.September

Friesland-Varel, 8.Spetember

Oldenburg, 9.September

Wesermarsch, 10.September

Osterholz-Scharmbeck, 16.September

Cuxhaven, 17.September

Blockade im Bundesrat - Föderalismus am Ende?

Deutschland hat gewählt. Am 22.9.2002 bekamen die Grünen 8,6% der Stimmen, sie trugen maßgeblich zur Fortführung der rot-grünen Koalition bei. Die SPD bekam nur 38,5% der Stimmen, genau soviel wie die CDU.
Für die Zusammensetzung des Bundestages ergibt sich damit nur eine knappe Mehrheit für Rot-Grün. Mensch könnte meinen, dass ein solches Ergebnis unerheblich wäre, wichtig sei doch nur der Wahlsieg. Natürlich gab es auch schon öfter in der Geschichte der Bundesrepublik kaum ausreichende Mehrheiten, die Koalition unter Schmidt hatte sogar nur zwei Mandate mehr als die Opposition. Trotzdem ist ein solches Ergebnis risikoreich für die Koalition: die Abstimmung zu einem Bundeswehreinsatz in Afghanistan führte fast zu einem Bruch der Koalition, weil einige Abgeordnete auf ihr Recht als freie Mandatsträger bestanden und ihre im Grundgesetz festgeschriebene Gewissensfreiheit bei der Frage Krieg oder Frieden wahrnehmen wollten. Vor allem den grünen Abweichlern wurde gedroht, Ströbele bekam in diesem Wahlkampf keinen sicheren Listenplatz mehr und zog nur mithilfe eines von ihm hart erkämpften Direktmandats in den Bundestag ein.

Schröder dürften sich jetzt schon die Haare sträuben angesichts der Problematik, ob sich einige grüne (oder auch rote) Abgeordnete wohl diesmal von seiner Fraktionsdisziplin bevormunden lassen oder sich weiterhin auf ihr Gewissen berufen werden. Die Vertrauensfrage, wie letztes Jahr in der Afghanistan Abstimmung, wird er in dieser Legislaturperiode wohl kaum noch einmal stellen können, vor allem nicht in Verknüpfung mit einer Sachfrage. Und dabei kann es auch in den nächsten vier Jahren wieder zu einer Debatte um Krieg und Frieden kommen, beispielsweise wenn die USA den Irak angreifen.

Doch steht die neue Bundesregierung noch vor vielen anderen Problemen: Deutschland ist hoch verschuldet, im nächsten Jahr werden die Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung drastisch steigen und immer mehr Firmen melden aufgrund der schwachen Konjunkturlage Insolvenz an. Auch PISA sitzt den Deutschen noch im Nacken, die Ressource der Deutschen, Bildung, ist gefährdet. Um aus dieser Misere wieder herauszukommen, müsste die Bundesregierung eine harte Reformpolitik fahren und dürfte nicht erst auf die Ergebnisse der beiden Landtagswahlen im Februar 2003 warten.

Konkret müssten die Bereiche Arbeitsmarkt und Wirtschaft, Bildung, Gesundheitswesen, Familienpolitik und Bundeswehr reformiert werden. Dazu werden auch Steuererhöhungen nötig sein, auch wenn die CDU die bisherigen Pläne schon wieder als gebrochene Wahlkampfversprechen hinstellt.
Doch diese Reformen benötigen, wenn sie denn geschaffen werden, die Zustimmung des Bundesrates, denn Arbeitsrecht/Wirtschaftsrecht etc., ausgenommen Bildung, gehören zum Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung (Gesetzgebungskompetenzen für diese Bereiche hat sowohl der Bund als auch die Länder).
Dies ist ein weiteres Problem für Rot-Grün, denn Stoiber hat eine starke Oppositionspolitik angekündigt.

Die unionsgeführten Länder werden im Bundesrat jegliche Reformvorschläge ablehnen, wie gut sie dieses Theater spielen können, hat mensch schon in der Abstimmung zum

Zuwanderungsgesetz gesehen... .
Diese Blockadepolitik, die zur Lähmung der Bundespolitik führt, wird vom hochgelobten System des Föderalismus möglich gemacht. Der Föderalismus gilt als besonders demokratisch, da er die politische Partizipation der Bürger vereinfacht und die Individualität der Bundesländer zulässt. Der Bundesrat erfüllt die Aufgabe, die Opposition die Bundespolitik mitgestalten zu lassen und integriert damit Minoritäten in die Politik. Laut Grundgesetz ist der Bundesrat an der Willensbildung des Bundestages beteiligt, wenn die Länder innerstaatlich zuständig sind (Vgl. GG Art. 23 Abs.4). Der Bundesrat soll allerdings auch eine Art beratendes Gremium für den Bundestag bilden, in dem Gesetzesvorhaben von den Ländern auf deren praktische Durchführbarkeit überprüft werden.
Es stellt sich die Frage, wie die theoretische Aufgabe des Bundesrates mit deren Umsetzung in der Realpolitik zusammenhängt. Sollten die Gesetze auf ihre praktische Umsetzung geprüft werden, ist es fraglich, warum dann das Zuwanderungsgesetz von den Unionsparteien abgelehnt wurde. Es vereinfacht komplizierte Vorgänge der Einbürgerung und schafft eine klare Re-gelung der Migration, es scheint also eher die politische Richtung zu sein, die der Union zu schaffen macht. Politisch unbequeme Gesetzesoffensiven zu blockieren ist nicht die Aufgabe des Bundesrates.

Der Missbrauch des Bundesrates und damit auch des föderativen Prinzips kann allerdings nur mit einer Reform des gesamten System verhindert werden.

Die Unveränderbarkeit des föderalen Systems steht im Grundgesetz (Vgl. Art. 79 Abs.3), der Zentralismus kann (und sollte) nicht eingeführt werden. Als Lösung bietet sich nur an, den momentanen kooperativen Föderalismus durch den dualen Föderalismus zu ersetzen.
Das bedeutet zuerst die Stärkung der Autonomie der Länder, denn umso mehr Gesetzgebungskompetenzen der Bund bekommt, desto mehr fühlen sich die Länder geschwächt und müssen blockieren. Im dualen Föderalismus besitzen die Länder die Steuerhoheit und können damit vollkommen andere Schwerpunkte setzen als der Bund. Parteien haben damit die Möglichkeit, ihre unterschiedlichen Vorstellungen von Politik in die Praxis umzusetzen, die erfolgreichsten Modelle können auf die Bundesebene ausgeweitet werden. Somit haben politikverdrossene Bür-ger auch endlich die Chance, Politiker nach Taten zu beurteilen und eine klarere politische Mei-nung zu bilden. Blockaden im Bundesrat wären dann zwar theoretisch noch möglich, aber mit welcher Begründung sollte die Opposition erfolgreiche Politikmodelle z.B. zur Abschmelzung der Arbeitslosenzahlen blockieren?

Für die Umwandlung des kooperativen in den dualen Föderalismus müsste das Grundgesetz nur insoweit geändert werden, dass die Länder Hebesätze für ihren Anteil der Einkommenssteuer der Anwohner festlegen können.
Ein relativ kleiner Schritt also. Nur wer geht ihn?

Landtagswahl 2002 : Ökologie, Bildung, Gerechtigkeit

von Christian Meyer

Kurz durchatmen, heißt es, nach dem großen Erfolg bei der Bundestagswahl. Am 2.Februar 2003 sind in Niedersachsen und Hessen gleichzeitig Landtagswahlen.

Eine wichtige Entscheidung nach den Koalitionsverhandlungen und nach dem ersten 12er-Castor-Transport nach Gorleben. Es geht auch um eine rot-grüne Mehrheit im Bundesrat und eine gerechtere Finanzpolitik. Sowohl die hessischen als auch die niedersächsischen Grünen fordern in ihren Programmen die gerechtere Besteuerung von hohen Vermögen und Erbschaften.

Beides könnte als konkrete Ländersteuer für eine bessere und fairere Bildungspolitik verwendet werden. Damit sieht es in Niedersachsen besonders mau aus. Die SPD hat nicht nur die Bildung verkommen lassen, sondern auch die soziale Ungleichheit verschärft. Mit pauschalen und individuellen Strafgebühren für StudentInnen und mit der Rückkehr zur früheren Selektion nach Klasse 4 in sogenannten „Förderstufen“ (welche Stufe fördert eigentlich nicht?). Ex-Lehrer Gabriel hat damit die schlechten PISA-Ergebnissen, um eine weitere bildungspolitische und soziale Schieflage ergänzt.

Nirgends prägt die soziale Herkunft die Schullaufbahn so wie in Deutschland.

Nirgends werden starke und schwache SchülerInnen durch die frühe Selektion gleichermaßen benachteiligt.

Nirgends hat zeitgemäße Bildung so einen niedrigen Stellenwert und Finanzausstattung.

Bündnis 90/Die Grünen stehen für eine andere Bildungspolitik. Wir setzen auf eine möglichst lange gemeinsame Schulzeit, am besten in integrativen Gesamtschulen bis Klasse 10 und eine andere, offenere Lernkultur. Der Blick nach Skandinavien kann da ein gutes Vorbild sein. Vorstellungen der CDU und FDP nach mehr Disziplin, Pauken und Leistung sind hingegen nicht nur eine Rückkehr in die unseligen 50iger Jahre, sondern auch bildungspolitisch verantwortungslos.

Nicht auswendig gelerntes, eingetrichtertes Wissen ist gefragt, sondern Teamkompetenz, soziale Verantwortung für MitschülerInnen und Umwelt. Nur die wenigsten SchülerInnen werden ihr Geld einmal mit dem Beantworten von

„Kippen wir Gabriel von rechts nach links !“

Fragen bei „Wer wird Millionär?“ „verdienen“ können, aber sehr wohl mit sozialer Kompetenz und selbst angeeigneten Lernstilen.

Bessere Bildungspolitik fängt daher bei Regierungsbildung an !

Eine ähnliche Schlagseite liefert die sozialdemokratische Alleinregierung im Sozialen. Kürzungen bei Blinden, Kranken, Pflegebedürftigen und Flüchtlingen stehen Milliardenausgaben für unsinnige Mammutprojekte gegenüber. Statt in Beton wollen Grüne in die soziale Infrastruktur im Land investieren. Wir haben neue Ideen für mehr Gerechtigkeit. Den Ausbau der dringend notwendigen Schuldner- und Insolvenzberatungen wollen wir z.B. über eine Beteiligung der Geschäftsbanken und Handyfirmen mitfinanzieren. Auch im Gesundheitsbereich ist Solidarität statt Ausgrenzung notwendig. Cannabis wollen wir über eine Bundesratsinitiative legalisieren und die Kriminalisierung von zumeist jugendlichen KifferInnen endlich beenden.

Geschlechtergerechtigkeit ist für die an Männern ausgerichtete SPD-Politik, die ja als erstes das von rot-grün 1990 eingeführte eigenständiges Frauenministerium abgeschafft hatte, ein Fremdwort. Um das auch in SPD und CDU selbst zu ändern, wollen wir nach französischem Vorbild eine konsequente Quotierung bei Ämtern und Mandaten vorschreiben und davon die staatlichen Gelder abhängig machen (Paritätengesetz). Die Grüne Jugend fordert darüberhinaus eine stärkere Förderung von Rotation und jüngere ParlamentarierInnen. Nicht nur die Grüne Fraktion auch der Landtag und mehr noch die Landesregierung insgesamt sollen hier Vorbild sein.

Für die Privatwirtschaft wollen wir mit einem niedersächsischen Gleichstellungsgesetz weiblichen Auszubildenden gleiche Zugangsmöglichkeiten zu Lehrstellen verschaffen. Ziel ist in Hochschulen, Verwaltungen und Wirtschaft Männern höchstens die Hälfte der Macht, Stellen und Gehälter zu überlassen.

Für mehr Beschäftigung im Land setzen wir nicht auf weniger, sondern mehr Öko. Die erneuerbaren Energien, Klimaschutz, Verkehrs- und Agrarwende schaffen neue zusätzliche Arbeitsplätze. Gerade auch in Niedersachsen. Während CDU, FDP und SPD eher auf das Bestehende setzen, wollen wir eine neue Energiepolitik. Alles nach dem Motto: Lieber eine Solaranlage auf dem Dach, als ein Atomkraftwerk vor der Haustür. Die Grüne Jugend

fordert deshalb eine deutliche Beschleunigung des vereinbarten Atomausstiegs und ein Ende der Endlagerprojekte Schacht Konrad und Gorleben.
Das ist wirkliche Verantwortung für zukünftige Generationen. Die SPD-Landesregierung hingegen setzt statt auf Öko und Klimaschutz, lieber auf Strassentrassen, Großprojekte und alte Industrien. Umwelt spielt für sie keine Rolle - GRÜNE können das ändern.

Sorgen wir deshalb am 2.Februar für ein starkes grünes Abschneiden, damit für Schulen, Umwelt und Gerechtigkeit nicht schwarz-gelbe Finsternis entsteht. Und schauen wir den Landtagsgrünen auf die Finger, dass sie ihre Wahlversprechen wahrmachen und es klappt mit der an Gerechtigkeit, Bildung und Ökologie orientierten Wende.
Wir - jedenfalls - sind soweit !

FRAUEN, FRAUEN, FRAUEN - Auf den Spuren eines Mysteriums!

von Anne Bonfert

Ende April diesen Jahres lief eine Mail über die GJ-Info-Liste: „Landesvorstand GJN überquotiert besetzt!“ Gratulationen von allen Seiten folgten, die Frauen in der Politik Niedersachsens schienen im Aufschwung. Doch dann passierte das unglaubliche, von der einen Mitgliederversammlung zur Nächsten, sozusagen von heute auf morgen sollte sich das Bild drastisch ändern. Die Quote der stimmberechtigten Teilnehmerinnen fiel.

Was war passiert, hatte eine Gruppe Frauenbesessener diese entführt und allein die beiden Frauen des Landesvorstandes verschmäht, da diese als Mitorganisatorinnen ein allzu offensichtliches Opfer abgegeben hätten? Wo waren diese Frauen nun, gab es keine Möglichkeit diese wieder zu befreien und ihnen wenigstens den Weg zur nächsten Mitgliederversammlung zu ermöglichen?
Doch da, plötzlich gab es ein Lebenszeichen: Ein weibliches Wesen aus der Umgebung Osnabrück meldete sich über die GJN-Info-Liste. Und da noch Eins. Ein Glück, verdichteten sich nach neusten Erkenntnissen nun die Beweise, dahin gehend, dass diese Bande Frauenbesessener doch nicht hinter dem Verschwinden - ach nein, mittlerweile wissen wir ja, dass es sich lediglich um ein Nichtauftauchen der Frauen handelt - steckt. Dieser Ermittlungsansatz scheint auch durch einen Anderen Punkt zusätzlich gestärkt zu werden: Wurde nicht auch der Vorstand Braunschweigs erst vor kurzem neu und damit auch von einer Frau besetzt? Müssen wir nun von einem Anschlag, mit dem Ziel die Teilnahme der Frauen an der LMV zu verhindern, ausgehen? Wie genau sieht die Konzeption dieses Unterfangens aus? Wer steckt dahinter? Welches Konzept war so erfolgreich, den Tausenden Frauen die Anfahrt zu verwehren?
Noch wissen wir es nicht, doch wir werden am Ball bleiben und jeder auch noch so geringen Spur folgen. Vielleicht könnte der Fall durch Ihre Mitarbeit gelöst werden - Scheuen Sie sich nicht, sich ebenfalls auf Forschungsreise zu begeben.
Die neusten Erkenntnisse dann wieder im nächsten Igel
Bis dahin verbleibe ich Ihnen, jeden Stein umdrehend...

Ihre Meisterdetektivin
Lupenrein
Detektei Scharfgestellt
Odeonstraße 4
30519 Hannover

Baby, you can drive my car… oder warum es am Landtagswahlprogramm der Grünen einiges zu verbessern gilt?

von Stephan Schilling

Ein Großteil unserer Landesmitgliederversammlung am 13. Oktober ging für die Beschlussfassung mehrerer Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm der Grünen drauf. Über zwei Stunden wurde diskutiert, gestritten und abgestimmt (so, wir haben jetzt fünf Änderungsanträge zum Änderungsantrag, welcher ist der weitestgehende? Oh, was noch ein GO-Antrag…). Aber warum das alles?

Die Änderungsanträge der Grünen Jugend beziehen sich vor allem auf zwei Kapitel: Bildung und Ökologie.
Im Themenfeld „Bildung“ fehlte eine Forderung nach Stärkung der demokratischen Rechte der SchülerInnen bisher völlig. In vielen Schulen herrscht bis heute der Schulleiter in preußischer Manier - SchülerInnen haben kaum eine Möglichkeit ihr Umfeld mitzubestimmen und zu gestalten. Deshalb fordern wir die Ablösung der bisherigen Gesamtkonferenz durch eine Schulversammlung, auf der LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen je eine ein Drittel der Stimmen hätten. Auch der Bereich der Umweltbildung fehlte im LTW-Programm bisher völlig. Diese beiden Ansätze sollten jedoch gerade den Grünen wichtig sein - denn wie soll unsere Gesellschaft demokratischer und ökologischer werden, wenn Kinder und Jugendliche damit nicht konfrontiert werden.

Hiermit zusammen hängt auch ein weiterer Antrag der Grünen Jugend. Mit diesem wollen wir klarstellen, dass die Grünen eine finanzielle Abhängigkeit der Schulen von der Wirtschaft ablehnt und bekämpft. Die Wirtschaft sieht meistens nur ihre eigenen kurzfristigen Interessen- ihr darf daher kein Einfluss auf Bildung und Erziehung haben.

PISA hat gezeigt, dass Heterogenität in Schule Lernen nicht behindert, sondern fördern kann. Zu Recht fordert das Landtagswahlprogramm daher eine Abkehr vom deutschen Prinzip der Selektion und eine Einführung der sechsjährigen Grundschule. Doch dies reicht uns nicht. Wir wollen langfristig eine zehnjährige gemeinsame Schulzeit; SchülerInnen können so voneinander lernen und soziale Kompetenzen entwickeln.

Das die ersten beiden Worte im Kapitel Ökologie im Entwurf „Neue Arbeitsplätze waren“ ist symptomatisch - und peinlich für ein grünes Wahlprogramm. Ökologie, insbesondere die Energiewende werden fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt „Arbeit betrachtet“. Auch fehlen visionäre Ansätze und ein roter Faden hinter diesem Kapitel. In unseren Änderungsanträgen schlagen wir daher eine Präambel für das Kapitel Ökologie vor, um den Globalansatz der Grünen für die Umweltpolitik deutlich zu machen. Im Bereich der Energiepolitik fordern wir eine stärkere Beachtung des Klimaschutzaspekts und eine Beschleunigung des Atomausstiegs. Neue Bedrohungsszenarien, die auch Vorgänge wie den 11. September mit einbeziehen, machen einen schnellen Ausstieg aus dieser Risikotechnologie dringend notwendig - die bisherigen Vereinbarungen reichen nicht aus, vor allem wenn sie durch „Geheimabkommen und Ehrenworte“ noch weiter aufgeweicht werden.
Die Grüne Jugend fordert den Verzicht auf das Verkehrsmittel Auto - die Klima- und Landschaftsschädigungen und die tausenden Toten und Verletzten, die damit einhergehen, dürfen nicht hingenommen werden. Stattdessen wollen wir einen massiven Ausbau des ÖPNV und eine Dezentralisierung unserer Gesellschaft.
Viele Forderungen und Ziele des Programms finden wir richtig und unterstützen sie, an einigen stellen braucht es noch Akzentverschienungen. Doch eines werden wir als Grüne Jugend niemals mitmachen: Babys gehören nicht hinters Steuer - sondern in

Busse und Bahnen.

Also: Baby never drive my car

ANZEIGE

Neulich im Landtag

Informationen
der Landtagsfraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Tel. 0511/3030-4207
Email: landtag.nds@gruene.de
www.gruene-niedersachsen.de

100. Praktikantin bei den Grünen im Landtag

Fraktion gibt umfassenden Einblick in Politikalltag

Die Landtagsfraktion der Bündnisgrünen hat mit der Studentin Marianne Malten (23) aus Hannover jetzt ihre 100.Praktikantin begrüßt. „Unser Praktikantenprogramm ist ein konkreter Beitrag gegen die Politikverdrossenheit Jugendlicher. Bei uns kann man erfahren, dass Politik nicht langweilig und trocken ist. Gleichzeitig können wir von den Ideen und Anregungen der Praktikanten lernen," sagte die Fraktionsvorsitzende Rebecca Harms am Freitag in Hannover.

Seit knapp drei Jahren bieten die Landtagsgrünen vermehrt Praktikumsplätze an. In dieser Zeit haben Schüler und Studenten der verschiedensten Fachrichtungen in der Landtagsfraktion mitgearbeitet. Ihr Basiswissen über die Fraktionsarbeit und den Landtag erhalten sie im sogenannten „Standardprogramm": Besuch von Fraktions- und Ausschusssitzungen, der Landespressekonferenz und des Landtagsplenums. Hinzu kommt eine Vielzahl an Gesprächen, beispielsweise über die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die Geschäftsführung und mit Abgeordneten.

Alle grünen PraktikantInnen sollen außerdem ein eigenes Projekt bearbeiten. Die Themen reichen von einer Ausstellung über die Geschichte der grünen Landtagsfraktion, die Vorbereitung der neuen Internet-Struktur und die Erstellung eines PraktikantInnen-Faltblattes bis hin zu Recherchen zur weltweiten Rechtsgrundlage des Emissionshandels.

Marianne arbeitet zur Zeit am „Grünen Blick in den Landtag Niedersachsen", einer Darstellung der Landtags- und Fraktionsarbeit aus grüner Sicht.

„Mein Praktikum bei der grünen Landtagsfraktion bietet mir einen guten Einblick in die praktische politische Arbeit. Außerdem ist es sehr spannend, einen Eindruck von der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu gewinnen und festzustellen, wie wichtig sie für die Abgeordneten ist."

(**Pressemitteilung**, erstellt von der Praktikantin Imke Weihmann am 13.9.2002)

Praktikantinnen:
Jessica Fink, Marianne Malten und Imke Weihmann

Rund ums Praktikum

Drei Fragen an Jonny Peter, zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit und die PraktikantInnenbetreuung in der Fraktion:

1. ***Wer kann in der Fraktion ein Praktikum absolvieren?***
   SchülerInnen machen in der Regel ein zweiwöchiges Praktikum oder können über das Projekt „SchülerInnen begleiten Abgeordnete" des Landtags eine Woche in unserer Fraktion hospi tieren. StudentInnen halten sich zumeist länger bei uns auf. Bei ihnen beträgt die Praktikumsdauer vier bis sechs Wochen. Zudem haben wir oft für vier Wochen ReferendariatspraktikantInnen, die von einem Rechtsanwalt betreut werden. Natürlich stehen wir auch für weitere InteressentInnen offen.
2. ***Welche Ziele hat das Praktikum?***
   Junge Menschen sollen einen Einblick in die Fraktionsarbeit und die des Landtags erhalten; sie werden von uns mit Projekten betraut und können sich so neben der oftmals grauen Theorie des Studiums aktiv einbringen. Natürlich profitieren auch wir von den PraktikantInnen, indem wir z.B. etwas über ihre politischen Einstellungen erfahren.
3. ***Wie komme ich zu einem Praktikum in der Fraktion?***
   Das geht ganz unbürokratisch vonstatten. Einfach bei uns melden. Am besten per Post oder Email: Bernd Bar, Landtagsfraktion Niedersachsen Bündnis 90/Die Grünen, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover, Tel. 0511-3030/4231 oder Email: Bernd.Bar@lt.niedersachsen.de
   Wir können leider keine Kosten erstatten und das Praktikum auch nicht vergüten.

Besuch des Landtags

Wer bei einer Plenumssitzung in der Gruppe „live" dabei sein, an einer Führung oder einer Infoveranstaltung über den Landtag teilnehmen möchte, muss sich an den Besucherdienst des Landtags wenden:
Niedersächsischer Landtag,
- Besucherdienst -
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover,
Tel. 0511/3030-2042 oder 2045

Natürlich besteht auch die Möglichkeit, in der **Grünen-Fraktion** vorbeizuschauen. Damit wir nicht ganz unvorbereitet sind, wendet Euch bitte an:
Bündnis 90/DIE GRÜNEN, J. Peter
Fraktion im Landtag Niedersachsen
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover
Tel. 0511/3030-4207
Jonny.Peter@lt.niedersachsen.de

Diese Seite wurde erstellt von unseren PraktikantInnen Christian Schlag und Lena de Vries

Anne Bonfert

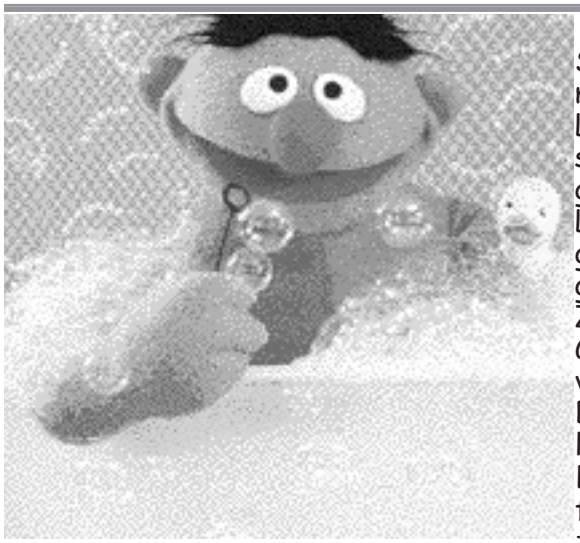
Ich bin also Anne Bonfert, 20 Jahre jung und seid der letzten LMV Mitglied im LaVo. Nach dem Abitur habe ich meine Heimat im schönen Südhessen verlassen und bin zu euch in den kühlen Norden gezogen um hier dem Studium der Kulturpädagogik nachzugehen, weshalb ich seit Oktober 2001 in Hildesheim ansässig bin. Meine grüne Karriere begann vor etwa 1,5 Jahren, als ich mich auf der Günen Ortsliste Viernheim zur Kommunalwahl aufstellen ließ (aber nur ganz weit hinten, mehr traute ich mir noch nicht zu). Allerdings musste ich sehr bald feststellen, dass eine Mitgliedschaft bei Altgrüns für mich bisher nicht in Frage kam, was sich durch die Erreignisse des letzten Jahres leider keinesdwegs geändert hat, und ich mich dann doch lieber mit „jugen, unangepassten“ Themen und Leuten beschäftigen wollte/will. So wurde ich im Februar 2001 Gründungsmitglied der GJ Bergstraße. Als LA- bzw. BA-Delegierte war ich dann für Hessen unterwegs - bis zu meinem Umzug.
Jetzt bin ich hier und will was tun! Und zu tun gibt‘s ja viel! Auch, wenn ich den Bereich der

IGEL-Redaktion
Christian Meyer
Grabenstr. 6
37603 Holzminden
Fon und Fax: (05531) 6912
Christian.Meyer.GAJB@t-online.de

Stefan Seibert
Hindenburgstraße 127
30851 Langenhagen
Fon: 0511/72 32 28
Mobil: 0172/586 30 47
Email: stefanseibert15@web.de

Stephan Schilling - Landesschatzmeister

von wem auch immer



Stephan ist ein engagiertes Grünes Jugend-Vorstandsmitglied und seit der letzten Landesversammlung auch Landesschatzmeister. Beeindruckend ist seine politische Härtnäckigkeit und Konsequenz mit der er an grünen Positionen festhält. Mit dem freundlichsten Lächeln vertritt er mit Charme auch gegenüber seinen größten politischen Gegnern seine Meinung. Und er gewinnt dabei meist. Wahrscheinlich kommt diese grüne Zählebigkeit aus seinem hoffnungsvollen Wirken am Gymnasium im schwarzen Duderstadt, wo er von konservativen CDU-Wählern quasi umzingelt ist. Gegen Nazi-Demos, für Rotation, gegen Kriege im Ausland und zu lange Atomausstiege ist er immer dabei. Als Mitglied im Kreisvorstand Göttingen scheut er sich aber auch nicht für die Grünen Koalitionsverhandlungen mit der CDU zu führen und wenn die Inhalte stimmen, seine Unterschrift unter den Vertrag zu setzen.
Stephan bleibt eben Stephan. Das Lächeln wird siegen. Venceremos !

ste.schilling@gmx.de

Jan Philipp Albrecht (neu)

Ich bin Jan Philipp Albrecht, 19 Jahre, aus Wolfenbüttel. Aufgrund meiner Wahl in den Landesvorstand auf der Landesmitgliederversammlung in Oldenburg, hat mich die Igel-Redaktion gebeten, mich kurz vorzustellen. Obwohl „kurz vorstellen“ immer eine schwierige Sache ist, denn am Ende wird‘s doch wieder zu lang.
Ich fang einfach mal auf der privaten Seite an: Meine Hobbys sind Musik, Politik, Theater, Journalismus, Foto, Film, Fußball, Lesen & Reisen. Hört sich jetzt an wie bei der Bravo, aber ist halt, wie schon angedeutet, etwas kurzgefasst.
Beruflich geht‘s weiter: Ich leiste zur Zeit meinen Zivildienst in einem Heilpädagogischen Kindergarten, nachdem ich zuvor in diesem Jahr mein Abitur gemacht habe. Danach werde ich mich wohl einem Studium widmen.
So und nun wird‘s politisch: Nachdem ich seit meinem 15. Lebensjahr stärkeres Interesse an der Politik, insbesondere an der „Grünen Politik“, entwickelt habe, bin ich mit 17 Jahren bei Bündnis 90 / Die Grünen eingetreten und habe in meinem Kreisverband aktiv bei den Grünen mitgearbeitet. Eine Grüne Jugend gab es in meinem Kreisverband derzeit nicht, was ich dann aber auch prompt zu ändern wusste. So gründete ich die Grüne Jugend Wolfenbüttel und wurde mit 18 Jahren in den Kreisvorstand von Bündnis 90 / Die Grünen Kreisverband Wolfenbüttel gewählt. Zum Afghanistankonflikt gründete ich mit anderen eine Friedensinitiative, welche durch zahlreiche Demos für Schlagzeilen sorgte. Des weiteren war ich Ende 2001 Mitbegründer der Grünen Jugend Region Braunschweig, dessen Schatzmeister ich im August diesen Jahres wurde. Ebenfalls in diesem Jahr kandidierte ich für den Bundestag auf Platz 10 der niedersächsischen Landesliste von Bündnis 90 / Die Grünen. Meine inhaltlichen Schwerpunkte in politischer Hinsicht sind Globalisierungs- und Friedenspolitik, sowie Bildung, Jugend und Energie.
Im Landesvorstand der Grünen Jugend möchte ich frische Ideen für junge Grüne Politik entwickeln und versuchen, die vorhandenen Mitglieder miteinander zu verbinden, sowie die potentiellen zu werben. Ich setze mich für eine aktive und stachlige Grüne Jugend ein, die für den nötigen frischen Wind in der Grünen Politik sorgt! Auf eine gute Zeit!

mail@janphilippalbrecht.de

Landesmitgliederversammlung im schönen Oldenburg

von Anne Bonfert

Am 11.-13.Oktober fand unsere letzte LMV diesen Jahres statt. Bereits am Freitag Abend trudelten nach und nach die ersten Mitglieder ein. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde, wurde der Tisch der Johannisburginfos geöffnet und bot eine umfassende Beschäftigungsmöglichkeit. Anschließend ging‘s ab in eine Kneipe.
Während des Seminarteils beschäftigten wir uns Vormittags mit dem Thema Koalitionsverhandlungen. Der Nachmittag war durch den Themenschwerpunkt Johannesburg geprägt.
Über die Koalitionsverhandlungen und deren bisherige Ergebnisse informierten uns Christian Meyer aus dem Landesvorstand der Grünen Niedersachsen und Ben von der Ahe, Sprecher der Grünen Jugend Bundesverband. Wie es aussieht, haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN was die Verhandlungen betrifft, nicht ganz so gut gepokert wie ihre angehenden Koalitionspartner.
Nach dem Mittagessen begrüßten wir Jonas Meckling, der als Jungdelegierter den Gipfel und die dazugehörenden Vorbereitungen und Vortreffen miterlebt und an der Erstellung der „Jo‘burg Memo“ (erhältlich in der Geschäftsstelle) mitgewirkt hat. Spannend klärte er uns über Strukturen, Arbeitsweisen, Problematiken und Ergebnisse auf, was uns einen recht guten Überblick über kleine Erfolge, große Enttäuschungen gab und doch eine Wertschätzung des Erreichten ermöglichte. Anschließend beehrte uns Gila Altmann, die als Vertretung des Bundesumweltministers Jürgen Trittin gekommen war und in der ersten Woche des Weltgipfels die Leitung der Deutschen Delegation inne hatte.
Das Abendprogramm eröffnete dann der Erlebnisbericht von Jonas, der eine kleine Diashow vorbereitet hatte und uns einige Filmausschnitte aus Johannesburg vorführte.
Wie sich zeigte, sollte auch die zweite Nacht entsetzlich kurz werden - aber dafür war der Abend umso länger! Da wir in der Jugendherberge eine gesamte Etage für uns allein hatten, konnten wir uns austoben wie - und vor allem so lange wir wollten.

Topfit stürzten wir uns am nächsten Morgen wieder in die Arbeit. Die eigentliche LMV begann und wir konnten gleich drei Mitglieder des Bundesvorstandes in unserer Runde begrüßen: Benjamin von der Ahe (Sprecher), Katrin Schmidtberger (politische Geschäftsführerin) und Jan Hauke (Beisitzer).
Auf dem Programm standen die Debatte um die Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm der Grünen - übrigens einige wirklich gute Diskussionspunkte darunter. Ihr könnt sie euch auf unserer Homepage runterladen oder bekommt sie über den Verteiler zugeschickt. Anschließend folgten ein Bericht des LaVos und natürlich die anstehenden Wahlen zum Landesvorstand (1 Frauenplatz / 2 offene Plätze), BA- Delegation (1Frauenplatz, Stellvertreterin / 1 offener Platz, Stellvertreter), Igel-Redaktion (1 Frauenplatz / 1 offener Platz).
Gewählt wurde...
...in den Vorstand: Jan Philipp Albrecht (Kreisverband Braunschweig)
...in die BA-Delegation:
Stephan Schilling
...als StellvertreterInnen: Anne Bonfert, Konstantin Knorr, Christian Meyer, Ben von der Ahe, Jan Albrecht.

Alle anderen Plätze konnten auf Grund der Quotenregelung nicht besetzt werden, so dass wir momentan sowohl in einem 4 köpfigen LaVo als auch einer 4 köpfigen Igel-Redaktion arbeiten müssen.

FRAUEN DIESES LANDES RÜHRT EUCH!!

Alles in allem erlebten wir ein leicht chaotisches, dafür aber sehr nettes Wochenende, zu dem wir beim nächsten Mal hoffentlich noch mehr TeilnehmerInnen und MitgliederInnen begrüßen werden.

Berichterstattung des Landesvorstandes der Grünen Jugend Niedersachsen:

Nach der misslungenen LMV in Aurich, traf sich der Landesvorstand zu einer Klausurtagung in Göttingen, wo zwei Tage lang zurück- und nach vorne geblickt wurde. Unter Anderem war auch die Arbeitsweise des Landesvorstands und die Umsetzung der Ziele OV-Vernetzung und bessere Öffentlichkeitsarbeit Thema.

Auf Grund unserer momentan schwierigen finanziellen Lage, ein Abrufungsfehler vor zwei Jahren hat uns ganzschön reingeritten, müssen wir bis mindestens April des kommenden Jahres sparen, sparen, sparen! Deshalb haben wir uns dazu entschlossen den Igel vorerst nur noch 2x im Jahr zu veröffentlichen und in einer geringeren Auflage drucken zu lassen. Des weiteren wollen wir ihn auf den LDK auslegen und den Kreisverbänden der Grünen zum Erwerb anbieten - über Spenden freuen wir uns ja sowieso immer! Um die Kommunikation auf Landesebene zwischen den Igeln trotzdem weiterhin gewährleisten zu können, haben wir uns zur Einführung eines elektronischen Newsletters entschlossen (wer keinen Internetzugang hat, bekommt ihn natürlich per Post).

Während der heißen Wahlkampfphase war der LaVo der GJN in

Gemeinschaftsarbeit mit dem LaVo der Altgrünen auf der Jugendwahlkampftour in ganz Niedersachsen unterwegs und sorgte mit so mancher Aktion, wie z.B. der Steueroase für aufsehen.

Auf Initiative des Landesvorstands der GJN entstand ein Jugendverbandstreffen, zu dem alle Landesvorstände der Jugendorganisationen eingeladen wurden. Das Ziel war ein gemeinsamer Wahlaufruf an junge Menschen, der auf einer dazu veranlassten Pressekonferenz in die Öffentlichkeit getragen wurde (Sat.1 und diverse regionale Tageszeitungen berichteten). Ein weiteres Resultat dieser Zusammenarbeit ist der Europäische Jugendkonvent Niedersachsen, der am 2.12.2002 stattfinden wird. (Einladung kommt noch!)
Weiterhin ist bis zum Jahresende noch ein eintägiges Seminar zum Thema Ortsgruppenarbeitgeplant. Und wie wir mittlerweile wissen rollt der nächste Castor Mitte November...

Das war‘s erst mal, ihr werdet weiterhin von uns hören

Euer LaVo

11.November :
Wir stellen uns quer !

Die Grüne Jugend lebt - jetzt auch in Lüneburg

von Philipp Mohr

Vor vielen, vielen Jahren gab es in Lüneburg eine Grüne Jugend...aber diese schlief irgendwann aufgrund mangelnden Interesses wieder ein. Die aktiven jungen Lüneburger Grünen ließen sich lieber in Kreisvorstand der Altgrünen oder den Landesvorstand der GJN wählen, so dass niemand die Grüne Jugend Lüneburg vorangetrieben hat.

Aber, angestachelt durch die Bundestagswahl, ist es gelungen, eine Grüne Jugend Lüneburg (GJLü) wiederzubeleben. Und was für eine! Bei der Gründungsveranstaltung, die im Rahmen der Jugendwahlkampftour und im Beisein der „Alt-Grünen“ Landesvorsitzenden Heidi Tischmann sowie der jungen „Alt-Grünen“ Landesvorstandsmitglieder Christian Meyer und Stefanie Henecke stattfand, waren gleich 19 junge LüneburgerInnen zusammengekommen. Und dass, wo die einzige Werbung einige Flyer waren, die teilweise in Schulen hingen und in der Innenstadt verteilt wurden.

Auch zu den weiteren Treffen kam eine ähnlich große Anzahl, so dass das konkrete Arbeiten der GJLü beginnen konnte. Es wird derzeit ein Markt der Möglichkeiten zum Thema Energiewende geplant. Dort sollen verschiedene Organisationen vorstellen, wie die Energiewende machbar ist, und wie die BürgerInnen etwas machen können. Begleitet werden soll der Markt durch eine vorher durchgeführte Umfrage, deren Ergebnisse dort präsentiert werden sollen.

Darüber hinaus plant die GJLü die Aktion des Bundesverbandes der GJ für den Castor-Transport, der im November nach Gorleben stattfinden soll. (Mehr darüber S. 4)

Auf den wöchentlichen Treffen wird aber auch viel über aktuelle (grüne) Politik diskutiert. Im Landtagswahlkampf wird die GJLü dann wohl auch die Alt-Grünen unterstützen.

Auf nach Gorleben und Lüneburg !

Offener Brief an Jürgen Trittin!

Offener Brief an Jürgen Trittin!

Lieber Jürgen,

auf der BDK in Stuttgart am 9.-11. März 2001 wurde von den Delegierten ein Antrag zur Trennung von Ministeramt und Abgeordnetenmandat verabschiedet. Darin heißt es: „Bündnis90/Die Grünen halten für unvereinbar, wenn Regierungsmitglieder gleichzeitig Mandate als Abgeordnete ausüben.(...) Bündnisgrüne Minister und Ministerinnen legen deshalb in Zukunft nach der Übernahme des Regierungsamtes das Abgeordnetenmandat nieder.“ Diese Beschlusslage wurde auch nicht auf der BDK in Bremen am 18./19.10.2002 revidiert.
Wir erwarten deshalb von Dir, dein Bundestagsmandat niederzulegen und einem weiteren Kandidaten den Einzug in den Bundestag zu ermöglichen.
Die Arbeitsfähigkeit der Fraktion wird so gestärkt, vor allem aber ist es uns wichtig, dass im Sinne der Gewaltenteilung die Legislative ihre Kontrollfunktion gegenüber der Exekutive wahrnehmen kann.

Gerade Bündnis90/Die Grünen sind angetreten, Politik transparent zu gestalten, Ämterkumulation zu vermeiden und die demokratischen Rechte der Abgeordneten zu stärken. Die Doppelfunktion eines Ministers, der sich in der Rolle des Abgeordneten selbst kontrollieren soll, kann damit nicht in Einklang gebracht werden.
Wir haben das Ziel, für eine transparente und demokratische Politik zu kämpfen. Gerade deswegen müssen unsere eigenen Minister den Beschluss der Basis akzeptieren und sich an diese Regelungen halten.
In diesem Sinne fordern wir Dich auf, diesen Prinzipien zu entsprechen und Dein Bundestagsmandat nieder zu legen.

Für die Grüne Jugend Niedersachsen
Anne Bonfert

Die Region Braunschweig lebt!

von Jan Philipp Albrecht

Man glaubt es kaum, aber es gibt mehr Aktive der Grünen Jugend in Niedersachsen, als man denkt! Und eine große Enklave dieser Aktivisten befindet sich in der Region Braunschweig! Noch bis vor einigen Monaten zählte der Ende 2001 gegründete Regionalverband (vorher nur eigenständige Kreisverbände) rund 50 Mitglieder und Interessenten. Dies hat sich zwar, bedingt durch eine große Anzahl an aktiven Mitgliedern, die aus der Region weggezogen sind, im Verlaufe dieses Sommers etwas reduziert. Trotzdem befindet sich die Grüne Jugend Region BS wieder im Aufschwung. Ein neuer Vorstand wurde gewählt und die Planungen für eine ausgiebige Mitgliederwerbung stehen in den Startlöchern.

In den vergangenen drei Jahren hat die Grüne Jugend Braunschweig einige große Aktionen auf die Beine gestellt. So hat sie, zusammen mit anderen Partei-Jugendverbänden, eine Aktion „Laut gegen Rechts“ organisiert und holte regelmäßig das „Friedenslicht“ nach Braunschweig. Auch die sehr engagierte Teilnahme am CSD Braunschweig wurde mehrfach organisiert, zuletzt im August diesen Jahres zusammen mit Volker Beck, MdB. All diese Aktionen hatten eine gute Resonanz in der Presse und konnten der Grünen Jugend in Braunschweig zu einem gewissen Ansehen verhelfen.

Der Regionalverband Braunschweig besteht aus den Kreisverbänden Helmstedt, Wolfenbüttel, Goslar, Gifhorn, Wolfsburg, Peine und den freien Kreisstädten Braunschweig und Salzgitter. Termine und Orte für die Mitgliederversammlungen, sowie weitere Informationen über die Aktionen und Inhalte der Grünen Jugend Region Braunschweig sind im Internet unter der Adresse http://www.gruene-jugend.org zu finden. Die oft besuchte Homepage gilt als das Aushängeschild der GJRegionBS. Interessierte können über die Internetseite schnell Kontakt aufnehmen, was natürlich eine höchsterfreuliche Sache wäre.

Zum Abschluss ist noch zu sagen, dass der Regionalverband bisher immer sehr für sich gehandelt hat und keine große Verbindung zur GJN hatte. Dies soll sich in nächster Zeit ändern und vielleicht kann das Potential der Grünen Jugend Region Braunschweig auch dem Landesverband hilfreich werden, der ein paar weitere Mitglieder ja dringend nötig hätte.

JUNG, GRÜN und STACHELIG

Termine

Grüne Jugend Bundesverband 2002:
So, 20.10.2002 Europaweite Anti-Atom-Kundgebung in Straßburg www.sortirdunucleaire.org/
Fr, 25.10.2002 Fachforum Europa/Internationales Arbeitstagung I in Berlin
Fr, 01.11.2002 Fachforum Drogen
Sa, 16.11.2002 AT Ländervernetzung IV

Grüne Jugend Niedersachsen 2002:
Sa, 06.11.2002 Auftaktkundgebung zum Castor in Gorleben
Mo, 02.12.2002 Niedersächsisches Jugendkonvent in Hannover
Sa, 14.12.2002 Ortsgruppenseminar in Hannover

Alt-Grüne 2002:
26.-27.10.2002 LDK, Bad Bevensen
Sa, 07.12.2002 BDK, Dortmund

Was´n das?

Ab 06.11.2002 Aktionen und Demonstrationen gegen den Castor, das gleiche Spiel wie jedes Mal, Infos bei Xtausendmal quer oder www.castor.de

14.12.2002 Seminar von Anne und Johanna zur Ortsgruppenarbeit: wie motiviert Ihr müde Mitglieder, wie könnt Ihr neue Mitglieder werben, was könnt Ihr mit den Mitglieder anfangen... Wir bieten Euch Aktionsvorschläge, Hilfen zur Pressearbeit und Rhetorik für z.B. Podiumsdiskussionen oder politische Reden.

Ich bin Fan der GJN !

☐ Ja, ich werde / bin Mitglied der GJN
und zahle _____ € pro Monat (mind. 1 €)

☐ Ja, ich werde Fördermitglied der GJN
und zahle _____ € pro Monat (mind. 2 €)

☐ Ja, ich werde Schnuppermitglied der GJN und
erhalte den Igel bis zu einem halben Jahr kostenlos.

Name

Anschrift

E-Mail

Geburtsdatum

Einzugsermächtigung: Bitte bucht das Geld
☐ halbjährlich ☐ jährlich von meinem Konto ab.

Name

BLZ Kto.

Bank

Ort, Datum

Unterschrift

☐ Ich brauche eine Spendenquittung.

Grüne Jugend Niedersachsen
Odeonstraße 4
30159 Hannover

Fon: 0511 12 60 85 77
Fax: 0511 12 60 85 70
www.gruene-jugend-niedersachsen.de
E-Mail: gjn@gruene-niedersachsen.de
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ: 251 205 10 - Kto. 8431500